

Wusste Triers Ex-Bischof Spital vom Missbrauch?

Ehemalige und heute noch aktive Kirchenverantwortliche im Bistum Münster haben nach einer aktuellen Studie große Fehler im Umgang mit Missbrauchsfällen gemacht. Auch zwei hochrangige Trierer Geistliche spielen eine Rolle.

VON ROLF SEYDEWITZ

MÜNSTER/TRIER Im Bistum Münster sind seit 1945 mindestens 210 katholische Geistliche wegen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen aufgefallen. Über 600 Opfer seien offiziell bekannt, in Wirklichkeit dürfte die Zahl aber um ein Vielfaches höher sein, hieß es am Montag bei der Vorstellung einer wissenschaftlichen Studie der Uni Münster. Die Studie ist aus regionaler Sicht interessant, weil der amtierende Münsteraner Bischof Felix Genn bis 2003 Trierer Weihbischof war. Und der 2007 verstorbene, frühere Trierer Bischof Hermann Josef Spital war lange Jahre Generalvikar in Münster – genau in jenem Zeitraum, als es im dortigen Bistum besonders viele Missbrauchsfälle gegeben haben soll.

Nach Angaben der Wissenschaftler gab es ein „Versagen der Bistumsleitungen“. Die zentrale Verantwortung hätte bei den Bischöfen, Weihbischöfen, Generalvikaren und Personalverantwortlichen gelegen. Hermann Josef Spital war von 1973 bis 1980 Generalvikar in Münster, anschließend für kurze Zeit Weihbischof in Münster, bevor er zum Bischof von Trier ernannt wurde.

Der Historiker Dr. Bernhard Frings sprach bei der Vorstellung des Gutachtens davon, dass Spital „insgesamt relativ selten im Zusammenhang mit Missbrauchsfällen“ in den Akten auftauche. Der einstige Generalvikar habe sich einmal bei einem Staatsanwalt bedankt, dass er in Ermittlungen gegen einen Missbrauchspriester den „Fall relativ kooperativ durchgeführt“ habe. Der katholische Geistliche wurde wegen Missbrauchs zu einer Bewährungsstrafe verurteilt und später vom Bistum wieder auf einer Pfarrstelle eingesetzt.

In einem anderen Fall soll Spital nicht eingeschritten sein, als er von Vorwürfen gegen einen Kaplan erfuhr. Der hatte laut der Studie in einem Beichtgespräch einen 16-Jährigen aufgefordert, sich zu entkleiden. Später sei es zu weiteren Übergriffen durch den Priester gekommen, die hätten verhindert werden können, heißt es in der Studie.

Mitautor Bernhard Frings schränkt ein, dass die wenigen Erwähnungen von Spital nicht bedeuteten, „dass er nicht informiert war“. Personalkonferenzen, in denen auch über die Verfehlungen von Priestern gesprochen wird, würden im Bistum Münster erst seit 2008 protokolliert. Von daher seien Vorfälle, über die in den Jahren zuvor in den Konferenzen womöglich gesprochen worden sind, schlecht nachzuverfolgen, so der Historiker.

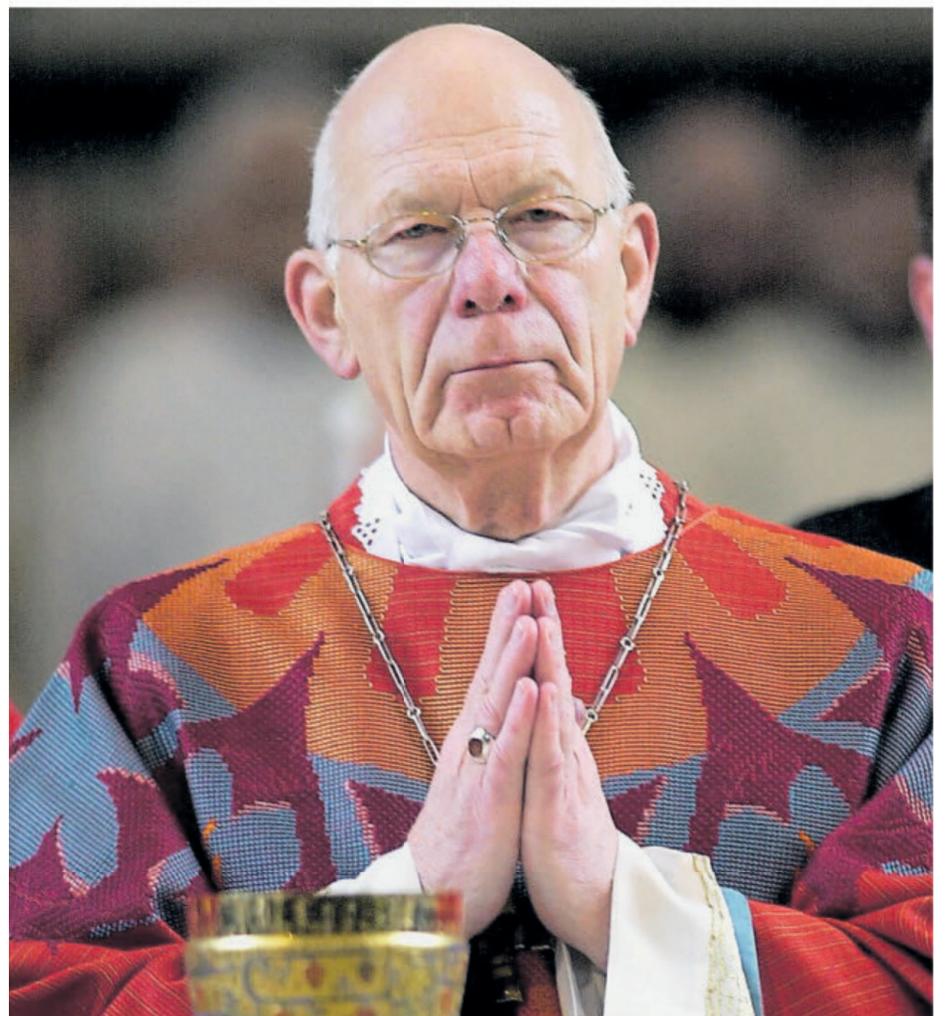
Dem amtierenden Bischof Felix Genn (72) bescheinigt das Forschungsteam zwar, den Umgang mit Missbrauchsfällen den Regeln der Bischofskonferenz angepasst zu haben. Gleichwohl habe er seit 2009 amtierende Oberhirte eine längere Phase gebraucht, um seiner Verantwortung für Intervention und

Prävention gerecht zu werden. In seinen ersten Jahren sei der Bischof Missbrauchstätern, sofern sie Reue zeigten, kirchenrechtlich nicht immer mit der gebotenen Strenge begegnet, kritisiert das Forscherteam. Genn habe eingeräumt, gegenüber Beschuldigten „zu sehr als Seelsorger und zu wenig als Dienstvorgesetzter gehandelt zu haben“.

Dem ehemaligen Trierer Weihbischof wurde das Gutachten auch erst am Montag ausgehändigt. Nach Angaben seines Sprechers Stephan Kronenburg will sich der 72-Jährige am Freitag nach Lektüre ausführlich dazu äußern. In einem ersten Statement sagte Felix Genn, er „übernehme selbstverständlich die Verantwortung für die Fehler, die ich selbst im Umgang mit sexuellem Missbrauch gemacht habe. Ich war und bin Teil des kirchlichen Systems, das sexuellen Missbrauch möglich gemacht hat“, so Genn wörtlich unter ausdrücklichem Verweis auf seine Stellen in Trier als Regens und Weihbischof.

Gegen Hermann Josef Spital gibt es auch Vorwürfe aus seiner Trierer Zeit. So soll der damalige Bischof 1997 den Brief eines Missbrauchsopfers ignoriert haben, die als Messdienerin jahrelang von einem Priester in der Sakristei missbraucht wurde.

Wer von den Trierer Bischöfen, Generalvikaren und Personalverantwortlichen in der Vergangenheit welche Fehler gemacht hat, das versucht seit einiger Zeit eine unabhängige Kommission zur Missbrauchsaufarbeitung im Bistum herauszufinden. Sprecher des siebenköpfigen Teams ist der ehemalige rheinland-pfälzische Justizminister Professor Gerhard Robbers. Mit ersten Ergebnissen wird noch in diesem Jahr gerechnet.



Hermann Josef Spital war von 1981 bis 2001 Bischof von Trier. Vorher war er in Münster jahrelang Generalvikar und kurzzeitig sogar Weihbischof. Nun taucht der Name des 2007 verstorbenen Theologen in einem Missbrauchsgutachten auf. FOTO: DPA

Elternvertreter warnen: Die Situation in den Kitas ist eine „tickende Zeitbombe“

Die eingeschränkten Betreuungszeiten werden zunehmend zu einem Problem, sind sich die Eltern in Rheinland-Pfalz einig. Darum fordern sie nun einen Kita-Gipfel mit der Landesregierung.

VON BERND WIENTJES

TRIER/MAINZ Die Situation in den Kitas sei eine „tickende Zeitbombe“, warnt die Vorsitzende des Landeselternausschusses Rheinland-Pfalz, Kari Graeff. Sie fordert ein rasches Handeln der Landesregierung, um die zunehmenden Betreuungsprobleme in vielen Einrichtungen in den Griff zu bekommen. Ihr Vorgänger, Andreas Winheller, sprach von einer sich anbahnenden Betreuungskatastrophe.

Der Landeselternausschuss, der die Interessen der Eltern von Kita-

Kindern vertritt, verlangt einen Kita-Gipfel, auf dem Vorschläge gegen den Mangel von Erzieherinnen und Erziehern gemacht werden sollen. Es müsse sichergestellt werden, dass „wo immer möglich, so gut wie möglich qualifizierte Fachkräfte eingestellt werden und keine ‚Konkurrenz‘ mit Nicht-Fachkräften entsteht“, heißt es in einem Forderungskatalog des Ausschusses.

Doch in vielen Einrichtungen geht es nicht ohne „Nicht-Fachkräfte“. So sind in der Stadt Trier, die Träger von sechs Kitas ist, von den 90 Vollzeitstellen etwas mehr

als sieben Stellen nicht mit qualifiziertem Personal besetzt, wie ein Sprecher der Stadt auf Anfrage unserer Redaktion mitteilte. Um freie Stellen zu besetzen, würden sogenannte Unterstützungskräften eingesetzt. Das seien „persönlich geeignete Mitarbeitende, die über keine Fachkraftqualifikation verfügen und nur zeitlich begrenzt zur Vertretung einer Fachkraft eingesetzt werden dürfen“.

Die Stadt halte dazu einen Pool von Unterstützungskräften vor, „die flexibel im Fall von Vakanzen eingesetzt werden können“. Womöglich ist das auch der Grund,

warum laut Aussage des Stadtsprechers in dieser Woche nur in einer der sechs städtischen Kitas die Betreuungszeiten für die Dreijährigen an drei Tagen eingeschränkt werden müssen. Weitere Maßnahmen wegen Personalmangels seien derzeit in anderen Kitas nicht vorgesehen.

Die Stadt Trier scheint damit aber eher eine Ausnahme zu sein. Viele Kitas in Deutschland haben einer Umfrage zufolge weiterhin mit Personalmangel zu kämpfen. Etwa die Hälfte der Beschäftigten von Einrichtungen und deren Trägern gab in einer am Montag vom Paritätischen Gesamtverband veröffentlichten Befragung an, dass die Kapazität ihrer Kitas nicht voll genutzt werden kann, weil Fachkräfte fehlen. Zugleich mangelt es der Studie zufolge an Betreuungsplätzen. 67 Prozent der Befragten waren demnach der Ansicht, dass das Angebot von Betreuungsplätzen für Kinder auf kommunaler Ebene nicht ausreichend ist. In Großstädten ist das Problem demnach drängender als in Kleinstädten und auf dem Land. Neben dem Personalmangel ist laut der Befragung auch die unzureichende Finanzausstattung der Kitas ein Problem. In vielen Einrichtungen reichte das Geld nicht aus, um die Kinder mit einer ausgewogenen Ernährung zu versorgen. „Es ist schon ein Armutszeugnis, wenn es uns in diesem reichen Land nicht gelingt, jedem Kind eine gesunde Mahlzeit, bestmögliche Förderung in der individuellen Entwicklung und eine möglichst unbeschwerte Kindheit zu ermöglichen“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands.

Produktion dieser Seite:
Marius Kretschmer

Militärflieger lässt 22 Tonnen Kerosin über dem Land ab

Erneut hat ein Flieger am vergangenen Wochenende etliche Tonnen Treibstoff über dem Westen von Rheinland-Pfalz abgelassen. Der Grund: technische Probleme.

VON ROLF SEYDEWITZ

MAINZ/TRIER Ein Militärflugzeug hat am Samstag über dem westlichen Rheinland-Pfalz über 22 Tonnen Treibstoff abgelassen. Das geht aus einer Veröffentlichung des Luftfahrtbundesamts hervor. Als Grund wird ein technisches Problem genannt. Nähere Angaben wurden zunächst nicht bekannt. Ein Sprecher des Luftfahrtamtes der Bundeswehr sagte unserer Redaktion, er könne ohne Kenntnis des konkreten Zeitpunkts keine weiteren Angaben zu der betroffenen Maschine machen.

Der jüngste Kerosinablass ist der dritte Fall innerhalb einer Woche, bei dem eine Militärmaschine über rheinland-pfälzischem Gebiet das sogenannte Fuel Dumping macht. In den beiden anderen Fällen am 4. und 5. Juni waren die Mengen mit insgesamt drei Tonnen abgelassenem Kerosin allerdings deutlich geringer. In der Regel wird Treibstoff abgelassen, um vor einer außerplan-

mäßigen Landung das Gewicht der Flugzeuge zu reduzieren.

Der jüngste Vorfall dürfte der Diskussion über das Ablassen von Flugbenzin neue Nahrung verleihen. Erst in der vergangenen Woche hatte die Opposition die Mainzer Landesregierung aufgefordert, mehr Messstellen einzurichten. Der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, Joachim Streit, verlangte im Landtag außerdem von der Ampelkoalition, sich dafür starkzumachen, „dass kein Kerosinablass mehr stattfindet“.

Die Mainzer Umweltministerin Katrin Eder (Grüne) sagte in der Debatte, beim Thema Kerosinablass herrsche „volle Transparenz“. Eine Studie im Auftrag des Landes habe zwei Handlungsoptionen aufgezeigt: höhere Flughöhen sowie wechselnde Gebiete, über denen abgelassen wird, sagte Eder. Beides liege aber nicht in der Hand der Landesregierung. „Wir messen und werden uns weiter auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das Luftrecht weiter geändert wird“, so die Ministerin im Landtag.

Laut einer im Internet veröffentlichten Auflistung des Luftfahrtbundesamts gab es allein in diesem Jahr über Deutschland schon 13 Fälle von Fuel Dumping, wobei rheinland-pfälzisches Gebiet bislang fünfmal betroffen war.



Das Ablassen von Kerosin durch zivile Flugzeuge und Militärmaschinen sorgt immer wieder für Zoff. Rheinland-Pfalz ist besonders häufig betroffen. FOTO: DPA

Die Beschäftigten der Kitas sind im Frühjahr für bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung auf die Straße gegangen. FOTO: DPA

